

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig

Sitzung: Dienstag, 03.05.2016

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 21:00 Uhr

Ratsmitglieder:

(in Klammern verhindert)

Herr Dr. Blöcker

Herr Dr. Kretschmann

Herr Bosse

Herr Kubitza

Frau Brandes

Herr Kühn

Herr Bratmann

Herr Manlik

Herr Bratschke

(Herr Maul)

Herr Dr. Büchs

(Herr Merfort)

(Herr Disterheft)

(Herr Müller)

Herr Dobberphul

Frau Ohnesorge

Herr Edelmann

Frau Palm

Herr Ehbrecht

Frau Pantazis

Frau Dr. Flake

Herr Dr. Plinke

Herr Flake

Frau Plinke

Herr Florysiak

Frau Rohse-Paul

(Herr Graffstedt)

Herr Rosenbaum

Frau Grigat

(Herr Schatta)

Herr Grziwa

Herr Schicke-Uffmann

Frau Harlfinger

Frau Schmedt

Herr Heere

Frau Schön

Herr Herlitschke

Herr Schrader

Herr Hinrichs

Frau Schütze

Frau Ihbe

Frau Seiffert

Herr Jenzen

Herr Sommerfeld

Frau Johannes

Herr Täubert

Frau Jonda

(Herr Weidner)

Herr Jordan

Herr Wendroth

Frau Kaphammel

Herr Wendt, J.

Herr Köster

Herr Wendt, Th.

Verwaltung:

Oberbürgermeister Markurth

Erster Stadtrat Geiger

Stadtrat Ruppert

Stadtbaudirektor Leuer

Dezernentin Dr. Hesse

Stadträtin Dr. Hanke

Dezernent Leppa

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 15.03.2016
- 3 Mitteilungen
- 4 Anfragen
 - 4.1 Digitalisierung als Mega-Trend und Standortfaktor
Anfrage der CDU-Fraktion 16-02111
 - 4.1.1 Digitalisierung als Mega-Trend und Standortfaktor 16-02111-02
 - 4.2 Wie geht es mit dem Magnifest weiter?
Anfrage der SPD-Fraktion 16-02112
 - 4.2.1 Wie geht es mit dem Magnifest weiter? 16-02112-01
 - 4.3 Aufwertung des Stadtraums durch "Pocket-Parks"
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 16-02110
 - 4.3.1 Aufwertung des Stadtraums durch "Pocket-Parks" 16-02110-01
 - 4.4 Baustellen und Verkehrsbehinderungen in Braunschweig
Anfrage der BIBS-Fraktion 16-02114
 - 4.4.1 Baustellen und Verkehrsbehinderungen in Braunschweig 16-02114-01
 - 4.5 Mietspiegel erhalten
Anfrage der Fraktion Die Linke. 16-02105
 - 4.5.1 Mietspiegel erhalten 16-02105-01
 - 4.6 Städtisches Museum: Verbleib der 4 Bronze-Statuetten der "Braunschweiger Originale" (Harfen-Agnes, Deutscher Herrmann, Rechen-August und Tee-Onkel) ?
Anfrage der Fraktion der Piratenpartei 16-01929
 - 4.6.1 Städtisches Museum: Verbleib der 4 Bronze-Statuetten der "Braunschweiger Originale" (Harfen-Agnes, Deutscher Herrmann, Rechen-August und Tee-Onkel) ? 16-01929-01
 - 4.7 Ampel für Freibäder
Anfrage der SPD-Fraktion 16-02113
 - 5 Berufung von 2 Stellvertretenden Stadtbrandmeistern in das Ehrenbeamtenverhältnis 16-01745
 - 6 Berufung von 3 Ortsbrandmeistern und 2 Stellvertretenden Ortsbrandmeistern in das Ehrenbeamtenverhältnis 16-01753
 - 7 Richtlinie des Rates zur Übertragung eines Amtes der Besoldungsgruppe A 14 auf Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppe A 13 (ehem. gehobener Dienst) 16-01950
 - 8 Bestellung eines städtischen Vertreters in den Aufsichtsrat einer mittelbaren städtischen Beteiligung 16-01834

9	Bestellung von städtischen Vertretern im Aufsichtsrat der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG	16-02043
10	Beschluss über den Jahresabschluss 2014 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)	16-01681
10.1	Änderungsantrag zu TOP 10 (16-01681) Änderungsantrag der Fraktionen BIBS und Piratenpartei	16-02169
11	Beschluss über den Jahresabschluss 2014 des Pensionsfonds der Stadt Braunschweig gem. §§ 129,130 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)	16-01398
12	Beschluss über die Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2014 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)	16-01666
13	Haushaltsvollzug 2015 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NComVG	16-01863
14	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	16-01799
15	Veräußerung eines 12.145 m ² großen städtischen Grundstücks in dem Interkommunalen Gewerbepark Waller See, 1. BA	16-01792
16	Änderung der Archivgebührenordnung	16-01746
17	Änderung der Entgeltordnung für das Städtische Museum Braunschweig, Steintorwall 14	16-01763
17.1	Änderung der Entgeltordnung für das Städtische Museum Braunschweig, Steintorwall 14	16-01763-01
18	Änderung des Entgelttarifs für das Veranstaltungszentrum "Roter Saal", Schlossplatz 1	16-01779
19	Änderung der Entgeltordnung für den Veranstaltungsort "Kulturpunkt West", Ludwig-Winter-Straße 4	16-01757
20	Zweite Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig, Dezernat für Kultur und Wissenschaft	16-01418
20.1	Zweite Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig, Dezernat für Kultur und Wissenschaft	16-01418-01
21	Flüchtlingssituation in Braunschweig	
21.1	Sachstand Unterbringung von Flüchtlingen insgesamt und Ausblick (Mitteilung)	16-02145
22	Sechste Satzung zur Änderung der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken in der Stadt Braunschweig (Schulbezirkssatzung)	16-01830
23	Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Schülerbeförderung in der Stadt Braunschweig (Schülerbeförderungssatzung)	16-02037

24	Anpassung der Angebote im Kindertagesstätten- und Schulkindbetreuungsbereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2016/2017	16-01737
25	Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit Freier Träger in Braunschweig	16-01637
26	Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Lebensmittelmarkt - Borsigstraße", AW 109, 1. Änderung des AW 91 Stadtgebiet zwischen der Salzdahlumer Straße, den Gleisanlagen zum Rangierbahnhof und der Bebelhofsiedlung Satzungsbeschluss	16-01663
27	Interkommunales Gewerbe-/Industriegebiet Stiddien-Beddingen der Städte Braunschweig und Salzgitter Grundsatzbeschluss	16-01614
27.1	Ergänzung zur Beschlussvorlage Interkommunales Gewerbe-/Industriegebiet Stiddien-Beddingen der Städte Braunschweig und Salzgitter Grundsatzbeschluss	16-01614-01
27.2	Änderungsantrag zu 16-01614 Interkommunales Gewerbe-/Industriegebiet Stiddien-Beddingen der Städte Braunschweig und Salzgitter Grundsatzbeschluss Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.	16-02154
27.2.1	Änderungsantrag zu 16-01614 Interkommunales Gewerbe-/Industriegebiet Stiddien-Beddingen der Städte Braunschweig und Salzgitter Grundsatzbeschluss Stellungnahme der Verwaltung	16-02154-01
27.3	Änderungsantrag zu 16-01614 Interkommunales Gewerbe-/Industriegebiet Stiddien-Beddingen der Städte Braunschweig und Salzgitter Grundsatzbeschluss Änderungsantrag der Fraktion der SPD	16-02171
28	Gewerbeflächenentwicklungskonzept Braunschweig	16-01721
29	"Westliches Ringgebiet - Soziale Stadt" Modernisierung und Umbau der Gebäude Jahnstraße 11, 12, 18, 19 und 20	16-01866
29.1	Änderungsantrag TOP "Westliches Ringgebiet - Soziale Stadt" Modernisierung und Umbau der Gebäude Jahnstraße 11, 12, 18, 19 und 20 Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.	16-02168
30	Anträge	
30.1	Inklusion und Integration in Braunschweig - Leichte Sprache in Grundsicherungsbescheiden Antrag der Fraktion der Piratenpartei	16-01857
30.1.1	Änderungsantrag zur Vorlage 16-01857 "Inklusion und Integration in Braunschweig - Leichte Sprache in Grundsicherungsbescheiden" Änderungsantrag der Fraktion der SPD	16-01996
30.2	Gewerbesteuerglättung Antrag der Fraktion der Piratenpartei	16-02019

30.3	Nachnutzungskonzept für die Flüchtlingsunterkünfte erstellen Antrag der CDU-Fraktion	16-02115
30.3.1	Änderungsantrag zu: Nachnutzungskonzept für die Flüchtlingsunterkünfte erstellen, Antrag der CDU-Fraktion Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.	16-02155

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Grziwa eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellt fest, dass die Tagesordnung den Ratsmitgliedern rechtzeitig zugegangen ist, der Rat damit ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Er teilt mit, dass dem Rat nach Versand der Tagesordnung noch folgende Unterlagen zugegangen sind:

Zu TOP 10: Änderungsantrag 16-02169
 Zu TOP 21: Mitteilung 16-02145
 Zu TOP 27: Änderungsanträge 16-02154 und 16-02171, Stellungnahme 16-02154-01
 Zu TOP 29: Änderungsantrag 16-02168
 Zu TOP 30.3: Änderungsantrag 16-02155

Ratsvorsitzender Grziwa weist darauf hin, dass der unter Punkt 30.1 genannte Antrag 16-01857 und der Änderungsantrag 16-01996 in der Sitzung des Verwaltungsausschusses zurückgestellt wurden und somit die Beratung in dieser Ratssitzung entfällt.

Ratsvorsitzender Grziwa erklärt weiter, dass vorgesehen ist, die Tagesordnungspunkte 31 bis 34 in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln. Hiergegen wird kein Widerspruch erhoben.

Ratsvorsitzender Grziwa lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen und stellt fest, dass diese einstimmig angenommen wird.

Der Rat tritt um 14:07 Uhr in die Beratung ein.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 15.03.2016

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 15.03.2016 wird genehmigt.

Ergebnis:

einstimmig beschlossen

3. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

4. Anfragen

Die Anfragen werden von 14:08 Uhr bis 16:02 Uhr behandelt.

**4.1. Digitalisierung als Mega-Trend und Standortfaktor
Anfrage der CDU-Fraktion** **16-02111**

4.1.1. Digitalisierung als Mega-Trend und Standortfaktor **16-02111-02**

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtrat Ruppert (Stellungnahme 16-02111-02). Eine Zusatzfrage wird beantwortet.

**4.2. Wie geht es mit dem Magnifest weiter?
Anfrage der SPD-Fraktion** **16-02112**

4.2.1. Wie geht es mit dem Magnifest weiter? **16-02112-01**

Die Beantwortung erfolgt durch Dezernent Leppa (Stellungnahme 16-02112-01). Zusatzfragen werden beantwortet.

**4.3. Aufwertung des Stadtraums durch "Pocket-Parks"
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** **16-02110**

4.3.1. Aufwertung des Stadtraums durch "Pocket-Parks" **16-02110-01**

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 16-02110-01). Zusatzfragen werden beantwortet.

**4.4. Baustellen und Verkehrsbehinderungen in Braunschweig
Anfrage der BIBS-Fraktion** **16-02114**

4.4.1. Baustellen und Verkehrsbehinderungen in Braunschweig **16-02114-01**

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 16-02114-01). Zusatzfragen werden beantwortet.

**4.5. Mietspiegel erhalten
Anfrage der Fraktion Die Linke.** **16-02105**

4.5.1. Mietspiegel erhalten **16-02105-01**

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 16-02105-01). Zusatzfragen werden beantwortet.

**4.6. Städtisches Museum: Verbleib der 4 Bronze-Statuetten der
"Braunschweiger Originale" (Harfen-Agnes, Deutscher Herr-
mann, Rechen-August und Tee-Onkel) ?
Anfrage der Fraktion der Piratenpartei** **16-01929**

**4.6.1. Städtisches Museum: Verbleib der 4 Bronze-Statuetten der
"Braunschweiger Originale" (Harfen-Agnes, Deutscher Herr-
mann, Rechen-August und Tee-Onkel) ?** **16-01929-01**

Die Beantwortung erfolgt durch Dezernentin Dr. Hesse (Stellungnahme 16-01929-01). Zusatzfragen werden beantwortet.

**4.7. Ampel für Freibäder
Anfrage der SPD-Fraktion**

16-02113

Ergebnis:

Die Anfrage 16-02113 wird wegen Ablaufs der für die Behandlung von Anfragen zur Verfügung stehenden Zeit nicht mehr behandelt und in die nächste Ratssitzung verschoben.

5. Berufung von 2 Stellvertretenden Stadtbrandmeistern in das Ehrenbeamtenverhältnis **16-01745**

Beschluss:

„Die nachstehend aufgeführten Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

Ifd. Nr.	Bereich	Funktion	Name, Vorname
1	West	Stellvertretender Stadtbrandmeister	Loos, Michael
2	Süd	Stellvertretender Stadtbrandmeister	Witt, Frank“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

6. Berufung von 3 Ortsbrandmeistern und 2 Stellvertretenden Ortsbrandmeistern in das Ehrenbeamtenverhältnis **16-01753**

Beschluss:

„Die nachstehend aufgeführten Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

Ifd. Nr.	Ortsfeuerwehr	Funktion	Name, Vorname
1	Geitelde	Ortsbrandmeister	Steffen, Benjamin
2	Geitelde	Stellvertretender Ortsbrandmeister	Mahler, David
3	Hondelage	Ortsbrandmeister	Jugenhagen, Frank
4	Hondelage	Stellvertretender Ortsbrandmeister	Schaperjahn, Michael
5	Ölper	Ortsbrandmeister	Uster, Stefan“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7. Richtlinie des Rates zur Übertragung eines Amtes der Besoldungsgruppe A 14 auf Beamteninnen und Beamte der Besoldungsgruppe A 13 (ehem. gehobener Dienst) **16-01950**

Beschluss:

„Der Rat beschließt die als Anlage 2 beigelegte Richtlinie gemäß § 12 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 und S. 3 Niedersächsische Laufbahnverordnung (NLVO).“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 8. Bestellung eines städtischen Vertreters in den Aufsichtsrat einer mittelbaren städtischen Beteiligung** 16-01834

Beschluss:

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH zu veranlassen

Herrn Wirtschaftsdezernent Gerold Leppa

(Oberbürgermeister bzw. von ihm vorgeschlagener Vertreter)

(mit Wirkung der Eintragung der BSParken GmbH in das Handelsregister) in den Aufsichtsrat der BSParken GmbH zu entsenden.“

Abstimmungsergebnis:

bei 4 Enthaltungen beschlossen

- 9. Bestellung von städtischen Vertretern im Aufsichtsrat der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG** 16-02043

Beschluss:

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, nach Beendigung der Amtszeit von Herrn Ratsherr Klaus Wendorf und Herrn Ratsherr Christoph Bratmann im Aufsichtsrat der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG alle Maßnahmen zu ergreifen,

Vorschlagsrecht der CDU-Fraktion

**Herrn Ratsherr
Klaus Wendorf**

Vorschlagsrecht der SPD-Fraktion

**Herrn Ratsherr
Christoph Bratmann**

von der Hauptversammlung zu Aufsichtsratsmitgliedern der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG wählen zu lassen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Um 16:02 Uhr unterbricht Ratsvorsitzender Grziwa die Sitzung für eine Pause. Die Sitzung wird um 16:40 Uhr unter Leitung des stellvertretenden Ratsvorsitzenden Florysiak fortgesetzt.

- 10. Beschluss über den Jahresabschluss 2014 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)** 16-01681
- 10.1. Änderungsantrag zu TOP 10 (16-01681)** 16-02169
Änderungsantrag der Fraktionen BIBS und Piratenpartei

Erster Stadtrat Geiger bringt die Vorlage ein und erläutert diese. Ratsherr Schicke-Uffmann bringt den Änderungsantrag 16-02169 ein und begründet diesen. In der Aussprache schlägt Ratsherr Bratmann vor, im Text des Änderungsantrages vor dem Wort „abzubilden“ das Wort „zusätzlich“ einzufügen. Am Ende der Aussprache stellt stellvertretender Ratsvorsitzender Florysiak fest, dass die Änderung in den Änderungsantrag übernommen wird und lässt anschließend über die Vorlage unter Einbeziehung des geänderten Änderungsantrages abstimmen.

Beschluss:

„1. Nach Feststellung der Vollständigkeit und Richtigkeit gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG des Jahresabschlusses 2014 durch den Oberbürgermeister sowie der Jahresabschlüsse 2014 der Sonderrechnungen Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft durch den Finanzdezernenten und des Jahresabschlusses 2014 des Fachbereiches Hochbau und Gebäudemanagement durch den Stadtbaurat und aufgrund des Bestätigungsvermerkes des Rechnungsprüfungsamtes im Schlussbericht für das Haushaltsjahr 2014 wird der Jahresabschluss 2014 beschlossen.

2. Im Rahmen des Beschlusses über den Jahresabschluss 2014 werden folgende Genehmigungen erteilt:

2.1 Der Jahresfehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 29.291.702,54 € wird auf Rechnung des Haushaltjahres 2015 vorgetragen und dann gemäß § 24 Abs. 1 GemHKVO durch die vorhandene Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses gedeckt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 125.091.435,50 €.

Der Jahresüberschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 9.743.300,01 € wird auf Rechnung des Haushaltjahrs 2015 vorgetragen und dann gemäß § 110 Abs. 7 NKomVG der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 2 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 83.158.316,46 €.

2.2 Der Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 923.488,30 € wird auf Rechnung des Haushaltjahres 2015 vorgetragen und gemäß § 24 Abs. 1 GemHKVO durch die Entnahme aus der vorhandenen Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses (27.414,93 €) und aus dem Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses (1.098.562,32 €) gedeckt. Die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses beträgt 0,00 €.

Der verbleibende Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 202.488,95 € wird auf Rechnung des Haushaltjahres 2015 vorgetragen und gemäß § 110 Abs. 7 NKomVG der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 2 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 1.467.922,84 €.

2.3 Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 2.257.856,71 € wird auf die Rechnung des Haushaltjahres 2015 vorgetragen. Der Gesamtüberschuss setzt sich zusammen aus einem Überschuss aus dem Gebührenbereich und einem Fehlbetrag im neutralen Bereich. Der Überschuss im Gebührenbereich in Höhe von 3.317.017,66 € wird dem nach § 54 GemHKVO zu bildenden Sonderposten Gebührenausgleich zugeführt. Damit ergibt sich ein neuer Bestand des Sonderpostens Gebührenausgleich in Höhe von 12.554.179,83 €. Der Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 1.059.160,95 € wird gem. § 24 Abs. 1 GemHKVO durch die vorhandene Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses gedeckt. Damit ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 2.606.306,16 €.

Der Fehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 225.383,18 € wird auf die Rechnung des Haushaltjahres 2015 vorgetragen. Ein Betrag in Höhe von 290.156,10 € wird aus der nach § 123 Abs. 1 Satz 2 NKomVG gebildeten Sonstigen Rücklage gedeckt. Daraus ergibt sich insgesamt ein neuer Bestand der Sonstigen Rücklage in Höhe von

5.156.621,25 €. Der verbleibende Überschuss in Höhe von 64.772,92 € wird gem. § 110 Abs. 7 NKomVG der gem. § 123 Abs. 1 Ziffer 2 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 64.772,92 €.

2.4 Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Abfallwirtschaft für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 483.431,64 € wird auf Rechnung des Haushaltjahres 2015 vorgetragen. Der Gesamtüberschuss setzt sich zusammen aus einem Überschuss aus dem Gebührenbereich und einem Fehlbetrag im neutralen Bereich. Der Überschuss im Gebührenbereich in Höhe von 867.688,01 € wird dem nach § 54 GemHKVO zu bildenden Sonderposten Gebührenausgleich zugeführt. Damit ergibt sich ein neuer Bestand des Sonderpostens Gebührenausgleich in Höhe von 4.466.192,20 €. Der Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 384.256,37 € wird gem. § 24 Abs. 1 GemHKVO durch die vorhandene Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses gedeckt. Damit ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 1.232.153,20 €.

Der Jahresüberschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Abfallwirtschaft für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 21.118,73 € wird auf Rechnung des Haushaltjahres 2015 vorgetragen und dann gem. § 110 Abs. 7 NKomVG der gem. § 123 Abs. 1 Ziffer 2 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 75.671,08 €.

3. Ergänzt um den geänderten Beschlusstext des Änderungsantrages 16-02169:

Der Jahresabschluss 2014 wird hinsichtlich der Kennzahlen zur Pro-Kopf-Verschuldung geändert: Gemäß Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes sind die kreditähnlichen Rechtsgeschäfte nicht erst zum Jahresabschluss 2015, sondern bereits im Jahresabschluss 2014 zusätzlich abzubilden.“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig geändert beschlossen

- | | |
|--|-----------------|
| 11. Beschluss über den Jahresabschluss 2014 des Pensionsfonds der Stadt Braunschweig gem. §§ 129,130 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) | 16-01398 |
|--|-----------------|

Beschluss:

- „1. Nach Feststellung der Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses des Sondervermögens Pensionsfonds durch Herrn Stadtrat Ruppert als Leiter gem. § 129 Abs. 1 NKomVG und aufgrund des Bestätigungsvermerkes des Rechnungsprüfungsamtes im Schlussbericht für das Haushaltsjahr 2014 wird der Jahresabschluss 2014 beschlossen.
2. Im Rahmen des Beschlusses über den Jahresabschluss 2014 wird folgende Genehmigung erteilt:

Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von **4.213.015,86 €** wird auf Rechnung des Haushaltjahres 2015 vorgetragen und dann gem. § 110 Abs. 7 NKomVG der zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

- 12. Beschluss über die Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2014 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)** 16-01666

Stellvertretender Ratsvorsitzender Florysiak stellt fest, dass Oberbürgermeister Markurth an der Beratung und Beschlussfassung dieses Punktes nicht teilnimmt.

Beschluss:

„Dem Oberbürgermeister wird gemäß § 129 NComVG Entlastung erteilt.“

Abstimmungsergebnis:

bei 5 Enthaltungen beschlossen

- 13. Haushaltsvollzug 2015** 16-01863
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NComVG

Stellvertretender Ratsvorsitzender Florysiak lässt nach Aussprache über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

„Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NComVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

bei 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen beschlossen

- 14. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €** 16-01799

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 15. Veräußerung eines 12.145 m² großen städtischen Grundstücks in dem Interkommunalen Gewerbepark Waller See, 1. BA** 16-01792

Beschluss:

„Dem Verkauf eines 12.145 m² großen städtischen Grundstücks in dem Interkommunalen Gewerbepark Waller See, 1. BA an die Leis Immobilien GmbH & Co. KG, Spechtweg 1 c, 38108 Braunschweig wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 16. Änderung der Archivgebührenordnung** 16-01746

Beschluss:

„Die Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren des Stadtarchivs Braunschweig (Archivgebührenordnung - ArchivGO -) wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 2 Gegenstimmen beschlossen

- 17. Änderung der Entgeltordnung für das Städtische Museum Braunschweig, Steintorwall 14** 16-01763
17.1. Änderung der Entgeltordnung für das Städtische Museum Braunschweig, Steintorwall 14 16-01763-01

Stellvertretender Ratsvorsitzender Florysiak stellt die Vorlage in der Fassung der 1. Ergänzung 16-01763-01 zur Abstimmung.

Beschluss:

„Die Erste Änderung der Entgeltordnung für das Städtische Museum, Steintorwall 14, wird in Form der 1. Ergänzung in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen

- 18. Änderung des Entgelttarifs für das Veranstaltungszentrum "Roter Saal", Schlossplatz 1** 16-01779

Beschluss:

„Die Erste Änderung des Entgelttarifs für das Veranstaltungszentrum „Roter Saal“, Schlossplatz 1, wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 2 Gegenstimmen beschlossen

- 19. Änderung der Entgeltordnung für den Veranstaltungsort "Kulturpunkt West", Ludwig-Winter-Straße 4** 16-01757

Beschluss:

„Die Erste Änderung der Entgeltordnung für den Veranstaltungsort „Kulturpunkt West“, Ludwig-Winter-Straße 4, wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 2 Gegenstimmen beschlossen

- 20. Zweite Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig, Dezernat für Kultur und Wissenschaft** 16-01418

- 20.1. Zweite Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig, Dezernat für Kultur und Wissenschaft** 16-01418-01

Stellvertretender Ratsvorsitzender Florysiak lässt nach Aussprache über die Vorlage in der Fassung der 1. Ergänzung 16-101418-01 abstimmen.

Beschluss:

„Die Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung und die Gebühren der Stadtbibliothek Braunschweig (Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig) wird in Form der 1. Ergänzung in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

21. Flüchtlingssituation in Braunschweig

- 21.1. Sachstand Unterbringung von Flüchtlingen insgesamt und Ausblick (Mitteilung)** 16-02145

Stadträtin Dr. Hanke berichtet unter Bezugnahme auf die Mitteilung mündlich zum aktuellen Sachstand bezüglich der Flüchtlingssituation in Braunschweig. Anschließend findet Aussprache statt.

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Nach Behandlung von Punkt 21 findet die Einwohnerfragestunde statt. Stellvertretender Ratsvorsitzender Dr. Blöcker übernimmt die Sitzungsleitung. Anschließend wird die Beratung der Tagesordnungspunkte mit Punkt 22 fortgesetzt.

- 22. Sechste Satzung zur Änderung der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken in der Stadt Braunschweig (Schulbezirkssatzung)** 16-01830

Beschluss:

„Die als Anlage 3 beigefügte Sechste Satzung zur Änderung der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken in der Stadt Braunschweig (Schulbezirkssatzung) wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 23. Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Schülerbeförderung in der Stadt Braunschweig (Schülerbeförderungssatzung)** 16-02037

Beschluss:

„Die als Anlage beigefügte Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Schülerbeförderung in der Stadt Braunschweig (Schülerbeförderungssatzung) wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 24. Anpassung der Angebote im Kindertagesstätten- und Schulkindbetreuungsbereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2016/2017** 16-01737

Stellvertretender Ratsvorsitzender Dr. Blöcker lässt nach Aussprache über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

- „1. Den in den Anlagen A und B dargestellten Angebotsanpassungen zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2016/2017 wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, diese Angebotsanpassungen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel sowie eventuell noch darüber hinaus erforderliche Gruppenveränderungen kostenneutral umzusetzen.
3. Stellen sich zu Beginn des neuen Kindergarten- bzw. Schuljahres derzeit noch nicht erkennbare Änderungen in der Belegungssituation dar, so sollen Angebotsanpassungen kostenneutral im Ifd. Kindergarten- bzw. Schuljahr 2016/2017 im Einvernehmen mit dem Träger realisiert werden. Der Jugendhilfeausschuss wird im 4. Quartal 2016 über die vorgenommenen Änderungen unterrichtet.

4. Angebotsanpassungen in städtischen Kindertagesstätten und Schulkindbetreuungseinrichtungen haben Auswirkungen auf den jeweiligen Personal- und Stellenbedarf. Die Stellenanpassungen werden im Rahmen des Stellenplanverfahrens berücksichtigt. Die Finanzierung erfolgt aus den im Budget zur Verfügung stehenden Sachmitteln.“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

- 25. Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit Freier Träger in Braunschweig** 16-01637

Beschluss:

„Teil 1 der Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit Freier Träger in Braunschweig (Zuwendungen zu den Organisations- und Raumkosten der anerkannten Jugendverbände und Jugendgruppen) wird wie in der Anlage Richtlinien Teil 1 aufgeführt geändert.“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

- 26. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Lebensmittelmarkt - Borsigstraße", AW 109, 1. Änderung des AW 91
Stadtgebiet zwischen der Salzdahlumer Straße, den Gleisanlagen zum Rangierbahnhof und der Bebelhofsiedlung
Satzungsbeschluss** 16-01663

Beschluss:

- „1. Die während der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß der Anlage 6 zu behandeln.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Lebensmittelmarkt - Borsigstraße“, AW 109, 1. Änderung des AW 91, bestehend aus der Planzeichnung, dem zugehörigen Vorhabenplan mit Erläuterungsbericht und den textlichen Festsetzungen wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

- | | |
|--|--|
| <p>27. Interkommunales Gewerbe-/Industriegebiet Stiddien-Beddingen der Städte Braunschweig und Salzgitter Grundsatzbeschluss</p> <p>27.1. Ergänzung zur Beschlussvorlage Interkommunales Gewerbe-/Industriegebiet Stiddien-Beddingen der Städte Braunschweig und Salzgitter Grundsatzbeschluss</p> <p>27.2. Änderungsantrag zu 16-01614 Interkommunales Gewerbe-/Industriegebiet Stiddien-Beddingen der Städte Braunschweig und Salzgitter Grundsatzbeschluss Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.</p> <p>27.2.1. Änderungsantrag zu 16-01614 Interkommunales Gewerbe-/Industriegebiet Stiddien-Beddingen der Städte Braunschweig und Salzgitter Grundsatzbeschluss Stellungnahme der Verwaltung</p> <p>27.3. Änderungsantrag zu 16-01614 Interkommunales Gewerbe-/Industriegebiet Stiddien-Beddingen der Städte Braunschweig und Salzgitter Grundsatzbeschluss Änderungsantrag der Fraktion der SPD</p> | <p>16-01614</p> <p>16-01614-01</p> <p>16-02154</p> <p>16-02154-01</p> <p>16-02171</p> |
|--|--|

Zu Beginn der Aussprache bringt Ratsherr Dobberphul den Änderungsantrag 16-02171 ein und begründet diesen. Ratsherr Sommerfeld bringt den Änderungsantrag 16-02154 ein und erklärt, dass die Formulierung aus dem SPD-Änderungsantrag übernommen wird. Nach Schluss der Aussprache stellt stellvertretender Ratsvorsitzender Dr. Blöcker fest, dass die Formulierung aus dem Änderungsantrag 16-02171 in den Änderungsantragsantrag 16-02154 übernommen wurde und somit ein Beschlusstext zur Abstimmung vorliegt und lässt über diesen abstimmen.

Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, für das in der Anlage dargestellte Gebiet zusammen mit der Verwaltung der Stadt Salzgitter die Entwicklung eines interkommunalen Gewerbe- bzw. Industriegebietes zu prüfen.“

Als erster Schritt der Planung ist durch die Verwaltungen eine Machbarkeitsuntersuchung mit Planungsalternativen inkl. Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zu erarbeiten, die den Räten der beiden Städte jeweils zur Entscheidung vorzulegen ist.

Der Ausschluss von Ansiedlungen, die im Zusammenhang mit der geplanten Aufbereitung und/oder Lagerung von atomaren Abfällen in Schacht Konrad stehen, wird im Rahmen der Machbarkeitsstudie untersucht."

Abstimmungsergebnis:

einstimmig geändert beschlossen

- | | |
|--|------------------------|
| <p>28. Gewerbeflächenentwicklungskonzept Braunschweig</p> | <p>16-01721</p> |
|--|------------------------|

Stellvertretender Ratsvorsitzender Dr. Blöcker lässt nach Aussprache über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

„Das vorliegende Gewerbeflächenentwicklungskonzept wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 2 Enthaltungen beschlossen

- | | | |
|-------|--|-----------------|
| 29. | "Westliches Ringgebiet - Soziale Stadt"
Modernisierung und Umbau der Gebäude Jahnstraße 11, 12, 18,
19 und 20 | 16-01866 |
| 29.1. | Änderungsantrag TOP "Westliches Ringgebiet - Soziale Stadt"
Modernisierung und Umbau der Gebäude Jahnstraße 11, 12, 18,
19 und 20
Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. | 16-02168 |

Ratsfrau Ohnesorge bringt den Änderungsantrag 16-02168 ein und begründet diesen. In der Aussprache schlägt Ratsherr Rosenbaum vor, vor dem Beschlusstext „einvernehmliche Lösungen“ das Wort „grundsätzlich“ einzufügen. Im weiteren Verlauf beantragt Ratsfrau Ohnesorge, in dem Änderungsantrag die Formulierung „der u.a. sicherstellen soll“ in „soll möglichst sicherstellen,“ zu ändern. Nach weiterer Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Dr. Blöcker zunächst über den geänderten Änderungsantrag 16-02168 abstimmen. Anschließend stellt er die Vorlage zur Abstimmung.

Beschluss zum Änderungsantrag 16-02168:

„Dem Einsatz von Städtebaufördermitteln als Zuschuss an die Braunschweiger Baugenossenschaft in Höhe von max. 520.000 € zur Modernisierung der Wohngebäude Jahnstraße 11, 12, 18, 19 und 20 als auch dem Abschluss eines begleitenden Modernisierungsvertrages wird **unter der Maßgabe** zugestimmt, dass zuvor ein begleitender Modernisierungsvertrag mit der BBG geschlossen wird. Dieser Vertrag, **soll möglichst sicherstellen**, dass einvernehmliche Lösungen mit den bisherigen Bewohner und Bewohnerinnen gefunden werden, soll dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Die Haushaltssmittel werden aus dem Projekt „Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet (4S.610009)" für die Jahre 2017 und 2018 zur Verfügung gestellt.“

Abstimmungsergebnis:

bei 6 Fürstimmen und 6 Enthaltungen geändert abgelehnt

Beschluss zur Vorlage 16-01866:

„Dem Einsatz von Städtebaufördermitteln als Zuschuss an die Braunschweiger Baugenossenschaft in Höhe von max. 520.000 € zur Modernisierung der Wohngebäude Jahnstraße 11, 12, 18, 19 und 20 als auch dem Abschluss eines begleitenden Modernisierungsvertrages wird zugestimmt. Die Haushaltssmittel werden aus dem Projekt „Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet (4S.610009)" für die Jahre 2017 und 2018 zur Verfügung gestellt.“

Abstimmungsergebnis:

bei 4 Enthaltungen beschlossen

30. Anträge

- | | | |
|-------|---|-----------------|
| 30.1. | Inklusion und Integration in Braunschweig - Leichte Sprache in Grundsicherungsbescheiden
Antrag der Fraktion der Piratenpartei | 16-01857 |
|-------|---|-----------------|

Die Behandlung des Punktes entfällt, da der Antrag im Verwaltungsausschuss am 26.04.2016 zurückgestellt wurde.

- | | | |
|---------|---|-----------------|
| 30.1.1. | Änderungsantrag zur Vorlage 16-01857 "Inklusion und Integration in Braunschweig - Leichte Sprache in Grundsicherungsbescheiden"
Änderungsantrag der Fraktion der SPD | 16-01996 |
|---------|---|-----------------|

Die Behandlung des Punktes entfällt, da der Änderungsantrag im Verwaltungsausschuss am 26.04.2015 zurückgestellt wurde.

**30.2. Gewerbesteuerglättung
Antrag der Fraktion der Piratenpartei**

16-02019

Ratsherr Schicke-Uffmann bringt den Antrag ein, begründet diesen und beantragt die Rücküberweisung an den Finanz- und Personalausschuss.

Beschluss:

„Der Antrag 16-02019 wird zur erneuten Beratung in den Finanz- und Personalausschuss verwiesen.“

**Abstimmungsergebnis zum Antrag auf Verweisung:
einstimmig beschlossen**

**30.3. Nachnutzungskonzept für die Flüchtlingsunterkünfte erstellen
Antrag der CDU-Fraktion**

16-02115

Ratsherr Köster bringt den Antrag ein, begründet diesen und beantragt die Verweisung in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit sowie in den Planungs- und Umweltausschuss.

Beschluss:

„Der Antrag 16-02115 wird zur Beratung in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit sowie in den Planungs- und Umweltausschuss verwiesen.“

**Abstimmungsergebnis zum Antrag auf Verweisung:
einstimmig beschlossen**

**30.3.1. Änderungsantrag zu: Nachnutzungskonzept für die Flüchtlings-
unterkünfte erstellen, Antrag der CDU-Fraktion
Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.**

16-02155

Ratsherr Sommerfeld bringt den Änderungsantrag ein, begründet diesen und beantragt die Verweisung in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit sowie in den Planungs- und Umweltausschuss.

Beschluss:

„Der Änderungsantrag 16-02155 wird zur Beratung in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit sowie in den Planungs- und Umweltausschuss verwiesen.“

**Abstimmungsergebnis zum Antrag auf Verweisung:
einstimmig beschlossen**

gez.

Markurth
Oberbürgermeister

gez.

Grziwa
Ratsvorsitzender

gez.

Geppert
Protokollführerin